

Mittagsjournal
Scheuba fragt nach ... bei Hannes Androsch
FALTER Podcast 01.12.2020

(Transkript)

Plumps statt Rums? Hannes Androsch, in der Regierung Kreisky von 1970 bis 1981 Finanzminister und zeitweise Vizekanzler, geißelt die Corona-Strategie der Regierung. Im Talk mit dem Kabarettisten Florian Scheuba führt Androsch, der „reife Rote“, in dieser Episode des Satire-Podcasts „Scheuba fragt nach“ vor, wie messerscharfe Oppositionspolitik klingen könnte.

Raimund Löw: Herzlich willkommen, meine Damen und Herren, im FALTER-Radio. Wie sich der Lockdown für den Glücksspielkonzern Novomatic millionenfach rentiert hat, ist wenig besprochen worden in der letzten Zeit. Der Satiriker Florian Scheuba kennt die Zahlen und enthüllt die 50-Millionen-Dividende, die Konzernchef Prof. Graf kassiert hat. Bemerkenswert bei der wöchentlichen Satiresendung des FALTER-Podcasts ist das Gespräch mit Hannes Androsch, dem Industriellen und Ex-Finanzminister aus der Zeit Bruno Kreiskys. „Plumps statt Rums“ attestiert der wortgewaltige Sozialdemokrat der türkis-grünen Regierung im Umgang mit Corona. Wer zuhört, bekommt eine Lektion, wie messerscharfe Oppositionspolitik klingt. „Einfach ein reifer Roter“, urteilt der Interviewer – doch hören Sie selbst.

Florian Scheuba: Herzlich willkommen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer, bei der 22. Folge von „Scheuba fragt nach“. In der Vorwoche habe ich in diesem Podcast berichtet, dass wir Steuerzahlerinnen und Steuerzahler allein im Monat November den Automaten-Glücksspiellokal-Besitzern einen Umsatzerlös in der Höhe von rund 20 Millionen Euro zahlen dürfen. Das hat natürlich mancherorts zu einer banger, sorgenerfüllten Frage geführt, nämlich: Wird das für Novomatic genug sein? Nein, natürlich nicht. Aber keine Sorge, hier wird von staatlicher Seite so gut geholfen, wie es nur geht, und das schon seit dem Frühjahr. Da hat Novomatic fast seine komplette Belegschaft in Kurzarbeit geschickt, und dafür haben sie von uns 40 Millionen Euro bekommen. Wie hat Novomatic darauf reagiert? So, wie man es sich von diesem sympathischen Konzern erwartet: Sie haben 120 Mitarbeiter rausgeschmissen und sich dadurch weitere 4,1 Millionen Euro erspart. Und was haben sie mit dem ersparten Geld gemacht? Es wurde gut und zukunftssicher angelegt. Novomatic-Besitzer Prof. Johann Graf hat sich im Sommer eine Dividende von 50 Millionen Euro auszahlen lassen.

Ja, da kann man nur tief Luft holen oder Wolfgang Sobotka zitieren: „Novomatic ist ein Unternehmen mit wirklich sozialer Verantwortung.“ – Da hat unser Wolfgang Sobotka natürlich wieder mal vollkommen Recht. Weil der Herr Prof. Graf behält ja nicht das ganze Geld für sich allein. Der gibt auch ein bisschen was her davon. Der Gattin von jenem SPÖ-Funktionär, der über viele Jahre die mittlerweile als illegal klassifizierten Novomatic-Automaten in Wien genehmigt hat, hat der Herr Professor ein paar Millionen Euro geschenkt. Oder auch der Gattin des Novomatic-Aufsichtsratsvorsitzenden, die nicht nur während der Ermittlungen gegen Novomatic im Kabinett von Innenminister Nehammer gearbeitet hat, sondern zuvor natürlich auch für den Wolfgang Sobotka. Und auch das von Wolfgang Sobotka geleitete Alois-Mock-Institut wurde wohlwollend von Novomatic unterstützt. Da haben sie definitiv soziale Verantwortung bewiesen, weil dieses Institut war so arm, das hatte nicht einmal eine eigene Adresse oder eine eigene Telefonnummer. Stellen Sie sich das

vor. Das Institut musste sich Adresse und Telefonnummer mit der ÖVP teilen. Furchtbar, oder? Was für ein entwürdigendes Schicksal. Umso schöner zu hören, dass auch das von Wolfgang Sobotka dirigierte Kammerorchester Waidhofen von Novomatic beschenkt wurde. Welch prächtiges Symbolbild für diesen Konzern, Wolfgang Sobotka mit Taktstock in der erhobenen Hand. Wer denkt da noch an einarmige Banditen?

Wolfgang Sobotka bekommt aber auch die Wertschätzung von zweiarmigen Banditen, konkret von Viktor Orbán. Der hat ihm vor ein paar Wochen eine hohe Auszeichnung zukommen lassen, das „Komturkreuz mit dem Stern des ungarischen Verdienstordens“. Dieser Orden wird um den Hals getragen, was ein bisschen gefährlich ist bei jemand wie Sobotka, dem oft der Kragen platzt. Hoffentlich tut er sich da nicht weh, wenn er am Hals jetzt einen Stern hängen hat. An sich passt der ja gut zu ihm. Wenn Sobotkas Tätigkeit als Vorsitzender des U-Ausschusses nach den gängigen Internet-Bewertungssymbolen beurteilt würde, wäre dieser eine Stern genau richtig. Für die Gesamtpersönlichkeit könnte man ja noch einen halben dazugeben.

Bekommen hat er diesen Orden für „eine breitere Wahrnehmung der Positionen Ungarns in der Europapolitik in Österreich“. Also da müsste der Orbán jetzt aber sehr viele Orden vergeben, denn die Position Ungarns in der Europapolitik wird derzeit so breit wahrgenommen wie noch nie zuvor. Ungarn sabotiert die Auszahlung der dringend notwendigen Corona-Hilfen in der EU, weil Orbán nicht will, dass es in seinem Land eine Rechtsstaatlichkeit gibt, die auch für ihn gilt. Der Grund dafür hat nichts mit politischer Gesinnung, Ideologie, Kultur oder Religion zu tun, sondern ist in einer einfachen Tatsache zu finden: Viktor Orbán ist ein Verbrecher. Gemeinsam mit seinem Familienclan praktiziert er seit einigen Jahren Korruption, Betrug und Diebstahl. Zu diesem Clan gehören unter anderem sein Schwiegersohn und Orbáns Vater. Der Begriff „Familienbande“ trifft hier also durchaus in mehreren Bedeutungen zu.

Opfer dieser Familienbande sind wir alle. Laut der Betrugsbekämpfungsbehörde OLAF werden in keinem anderen EU-Land mehr europäische Fördergelder missbraucht als in Ungarn. Die Behörde spricht in diesem Zusammenhang von organisiertem Verbrechen. Die Vergabe von EU-Geldern wird in Ungarn direkt von Orbáns Büro beaufsichtigt. Viele dieser missbrauchten Gelder landen im unmittelbaren Umfeld des Orbán-Clans. Zu einer Strafverfolgung in Ungarn kam es dabei aber bislang nicht. Da könnte man vielleicht einmal bei der ungarischen Justizministerin nachfragen, die ja auch schon im ORF Interviews gegeben hat. Aber es ist die Frage, ob das was bringt. Justizministerin unter Orbán ist ein bisschen wie Krokodiltrainerin bei Idi Amin.

Auf jeden Fall muss Viktor Orbán versuchen, die Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit um jeden Preis zu verhindern. Er muss das persönlich nehmen – ist irgendwo verständlich. Man kann auch von einem Investmentbanker auf den Cayman Islands nicht verlangen, für die Trockenlegung von Steueroasen zu kämpfen. Alle Nicht-Mitglieder des Orbán-Clans dürfen hingegen darauf hoffen, dass sich die EU nicht erpressen lässt.

Das gilt hoffentlich auch für unseren Außenminister Schallenberg. Der hat sich erst unlängst in einem Interview darüber beschwert, dass österreichische Medien die Angriffe deutscher Medien gegen Orbán auch noch verstärken. Ist ja wirklich arg, oder? Aber trotzdem traut sich auch unser Außenminister, den Orbán beinhart anzugehen. Das klingt bei Herrn Schallenberg so: „Ich sage ja nicht, dass ich mit jeder Äußerung und jeder Positionierung Orbáns einverstanden bin.“ – Bumm. Das sitzt, ha?

Zum Thema Trump sind von unserem Außenminister ähnlich „mutige“ Stellungnahmen überliefert. Sein Glück ist, dass er in der öffentlichen Wahrnehmung ein bisschen unterm Radar fliegt. Da ist die Konkurrenz aus anderen Ministerien möglicherweise zu stark. Auf jeden Fall gut für ihn, denn sonst könnten vielleicht manche draufkommen, dass es sich bei Alexander Schallenberg nicht – wie am Beginn seiner Amtszeit von manchen vermutet – um eine neue Ursula Plassnik in einer männlichen Version handelt, sondern eher um eine neue Karin Kneissl in der Graf-Bobby-Version.

Wäre vielleicht auch einmal ein Thema für die Opposition. Aber die ist momentan mit so vielen anderen Sachen beschäftigt, zum Beispiel mit dem Bilden von neuen Koalitionen. Konkret haben sich in Wien SPÖ und NEOS zusammengetan. Christoph Wiederkehr und Michael Ludwig harmonieren rein optisch schon hervorragend – da erinnern sie ein bisschen an Stan Laurel und Oliver Hardy – und auch ihre ersten bekanntgewordenen Pläne haben durchaus Unterhaltungswert. Sie überlegen die Errichtung von Seilbahnen in Wien. Da fragt man sich jetzt: Wie kommen die auf diese Idee? Warum ausgerechnet Seilbahnen? Meiner Meinung nach handelt es sich hier um ein rein machtpolitisches Projekt. Weil warum? Seit dem Frühjahr wissen wir, dass es in ganz Österreich eine einzige Gruppe gibt, die es machtpolitisch mit der ÖVP von Sebastian Kurz aufnehmen kann, nämlich die Seilbahnbesitzer. Die bilden in manchen Regionen eine Art Staat im Staat. Wenn also der Bundeskanzler irgendwann Wien unter Quarantäne stellen will, kann die Stadtregierung antworten: „Uns kennt's leck'n in Arsch, mir sein Seilbahnbesitzer. Wir warten nit auf a Gesetz, unser Wort ist Gesetz.“ – Wenn Rot-Pink es dann noch schafft, den Schröcksnadel zum Seilbahn-Stadtrat zu machen, wird Wien gesundheitspolitisch endgültig autonom.

Besonders bemerkenswert bei den Seilbahnplänen finde ich die Tatsache, dass es unter anderem eine Seilbahnverbindung vom Westbahnhof auf den Königberg geben soll. Da liegt – glaube ich – wirklich ein Missverständnis vor. Um es auf die Spitze des Königlberges zu schaffen, braucht man keine Seilbahn, sondern eine Seilschaft. Dafür braucht man erfahrene und regierungskompatible Bergführer – also Leute wie Gerald Fleischmann oder Pius Strobl. Und beim Aufstieg sollte man nicht nur das Gipfelkreuz im Auge behalten, sondern auch das Giebelkreuz.

[...] Gut gereifte Rote aus Österreich können ja sehr interessant sein. Das gilt nicht nur beim Wein, sondern auch für meinen heutigen Geschäftspartner. Das ist der ehemalige Vizekanzler und längstdienende Finanzminister der Republik Österreich, Hannes Androsch. Guten Tag, Herr Dr. Androsch.

Hannes Androsch: Einen schönen Guten Tag, Herr Scheuba.

Florian Scheuba: Herr Dr. Androsch, Ihr neuestes Buch trägt den selbstbewussten Titel „Was jetzt zu tun ist“. Das klingt nicht nach einer Empfehlung, sondern nach einer Anweisung. Sind Sie sich wirklich so sicher, dass Sie wissen, was jetzt zu tun ist?

Hannes Androsch: Also die Zukunft ist grundsätzlich ungewiss, daher kann man gar nicht sicher sein. Aber man darf sich nicht im Heute untergehen lassen, sondern muss an das Morgen denken und was dafür zu tun ist. Und da habe ich gewisse Vorstellungen in den einzelnen Betrieben, aber was ich meine, auch für das Land, und das zumindest im Rahmen Europas.

Florian Scheuba: Wir leben ja in einer Zeit, in der sehr viele behaupten, zu wissen, was jetzt zu tun ist, zum Beispiel unsere Bundesregierung. Weiß die das wirklich?

Hannes Androsch: Also ich will mit jetzt nicht in den ohnehin schon riesigen Chor der Kritiker noch mehr einfügen. Das habe ich vorm Sommer schon vorausgesagt. Es ist schlimmer gekommen – leider hätte ich lieber Unrecht behalten. Die Regierung war und ist der Aufgabe nicht gewachsen und ihr ist in der Zwischenzeit ungefähr alles entglitten. Und in ihrer Rat- und Hilflosigkeit flüchtet sie in paniköse Alibiaktionen. Das ist leider der Zustand bei uns, selbst wenn man in Rechnung stellt, dass es sicher schwierig war. Konnte man vielleicht die erste Welle, den Einbruch und Ausbruch der Pandemie, nicht voraussehen und war überrascht – die zweite Welle durfte keine Überraschung sein. Man hat im Sommer sechs Monate versäumt und verschlafen und verplempert. Das ist ungefähr so wie: Die Regenwolken ziehen auf und werden immer dichter, es beginnt zu regnen, und nachdem es schon zu schütten begonnen hat, sucht man verzweifelt die Regenschirme. Das ist ungefähr die Situation.

Florian Scheuba: Sie schreiben ja ganz konkret in Ihrem Buch Kritikpunkte an unserer Regierung, zum Beispiel schreiben Sie zum Thema der Wirtschaftshilfen: „Die Deutschen machten Wumms, während wir zwar großspurig einen Mega-Wumms verkündeten, der aber nicht mehr als ein Mega-Plumps ist.“ – Was ist da passiert?

Hannes Androsch: Zuerst die notwendigen Hilfsmaßnahmen, die ohnehin geringer angelegt waren als in der Schweiz und Deutschland, wo sie Mai/Juni schon zur Wirkung gebracht wurden, mit denen sind wir ja heute noch nicht einigermaßen in der Umsetzung fertig geworden, sondern nur mit einem Bruchteil. Wir haben kein Konjunkturprogramm, damit die Wirtschaft fürs nächste Aufträge bekommt und die Gesamtnachfrage steigt. Also eine Stimulierung sozusagen, wie wenn einen Brunnen, bei dem die Wassersäule abgerissen ist, durch Nachgießen einiger Kübel Wasser wieder in Gang bringt, damit er wieder weiterhin genügend Wasser spendet. Und von Zukunftsaufgaben ganz abgesehen. Es wird immer von „Wiederaufbau“ geredet. Wiederaufbau hatten wir 1945. Da war alles zerstört, die Reconstruction ist geschehen. Aber jetzt haben wir die Herausforderung der Wiederbelebung, und angesichts der Herausforderungen Klima, Energie, demografischer Wandel und Altersschub brauchen wir Umbau. Es ist bekanntlich leichter, ein neues Haus zu bauen, als ein altes zu renovieren und umzubauen und zu dämmen und die Heizung umzustellen. Vor diesen Herausforderungen und Aufgaben stehen wir, aber die werden sträflich vernachlässigt.

Florian Scheuba: Sie schreiben auch, der Stil der Regierung sei „ein auf Ressentiments gestütztes selbstbeweihräucherndes Regieren von Meinungsumfrage zu Meinungsumfrage“. Woraus schließen Sie das?

Hannes Androsch: Naja, wenn ich jetzt lese, dass die Regierung für die Eigenbewerbung ein Projekt von 180 Millionen ausgeschrieben hat, dann wäre mir lieber gewesen, man hätte das für Lüftungsgeräte für die Schulen und für die Ausstattung der Lehrer und Schüler mit Laptops und für die digitale Aufrüstung der Schulen verwendet.

Florian Scheuba: Finden Sie das in Ordnung, dass der Rechtsanspruch auf Entschädigung im Epidemiegesetz ausgehebelt wurde?

Hannes Androsch: Das war eine infame Maßnahme, das angesichts von Ischgl – die Rechnung kriegen wir ja jetzt für die Wintersaison gerade von Italien bis Deutschland präsentiert – auszuhebeln, um dann Almosen anzukündigen und sie bis heute nur zu einem geringsten Teil zur Auszahlung zu bringen. Die Schweizer und die Deutschen haben das längst im Mai und Juni getan.

Florian Scheuba: Okay. Die Schweiz hat 15 Milliarden Franken für die Wirtschaft und 271 Millionen Franken für Kunstschaffende – das ist vor allem gleich gekommen.

Hannes Androsch: Die Kunstschaffenden wurden zunächst überhaupt links liegen gelassen und bis heute nur zu einem geringen Teil berücksichtigt. Das gilt auch für die Unterhaltungsbranche und das gilt auch für die Ein-Personen-Unternehmungen. Alle die – und das sind Hunderttausende – sind der Regierung schnurzegal.

Florian Scheuba: Sie attestieren in Ihrem Buch Österreich eine „gar nicht mehr so schleichende Orbánisierung“. Wie tritt die Ihrer Meinung nach zutage?

Hannes Androsch: Also die bewundernde Freundschaft des Herrn Kurz mit dem Herrn Orbán und auch für den Trump – der ist ihm halt jetzt verloren gegangen – konnte man ja immer wieder selbstinszenierend und selbstdarstellend in den Medien wahrnehmen, und das heißt, die Aushöhlung der Demokratie, die Nichtrespektierung der Unabhängigkeit der Justiz und der Verfassung. Sogar der Verfassungsgerichtshof-Präsident hat sich ganz ungewöhnlich ganz massiv öffentlich kritisch dazu geäußert. Die Missachtung des Parlaments – ich weiß nicht, wer schon alles das Ibiza-Video in voller Länge kennt, nur dem Parlament und der Öffentlichkeit wird das vorenthalten. Und das wird genauso passieren mit dem Bericht für den skandalösen Umstand, dass der Terroranschlag vom 2. November mit traurigen vier Toten vermeidbar gewesen wäre, wenn das Innenministerium und der Innenminister ihre Aufgaben wahrgenommen hätten.

Florian Scheuba: Was soll denn jetzt die EU in der Frage Ungarn und Polen weiter tun?

Hannes Androsch: Das ist sicherlich eine schwierige Frage. Aber es wird sicherlich nicht gehen, dass die größten Nettoempfänger Politik gegen die Grundwerte der EU machen. Das wird nicht akzeptabel sein. Orbán hat vielleicht die Alternative, sich in die Arme des Herrn Putin zu schmeißen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die Polen eine solche Vorstellung haben könnten nach allen ihre jahrhundertelangen Erfahrungen mit Russland.

Florian Scheuba: Wäre erstaunlich, allerdings, ja. Also Ihr zentrales Anliegen erscheint auch in diesem Buch wieder: die Bildung. Wie sehen Sie da die derzeitigen Schulschließungen?

Hannes Androsch: Ja, eine Fehlentscheidung, weil man eben nicht vorbereitet hat oder es der Lehrerschaft und den Schulleitungen überlassen hat über den Sommer. Man hat verabsäumt, die Lehrer vor Schulbeginn zu testen, inzwischen wieder. Und jetzt haben wir ein Chaos. Wir haben die Schulen und die Kindergärten geschlossen offen. 50 Prozent der Kindergartenkinder gehen in den Kindergarten, die anderen

nicht. Und bei den Schulen ist es ähnlich. Das ist chaotisch schlecht. Und zu der rückständigen Bildungssituation, die wir vor der Pandemiekrise schon hatten, ist durch den Lockdown der Schule vor dem Sommer und den neuerlichen Lockdown jetzt im November eine gewaltige Bildungskrise entstanden, vor allem für hunderttausende Pflichtschüler, die völlig aus jeglichem Unterricht herausgefallen sind, weil sie digital gar nicht erreichbar waren – sofern die Lehrerschaft dazu überhaupt in der Lage war und die Hardware dazu zur Verfügung gestanden ist. Das heißt, diese Regierung hat gegenüber dem Bildungswesen – und davon betroffen sind die jungen Menschen – eine gewaltige Bildungskrise, deren Spätfolgen wir noch lange erleiden werden müssen, herbeigeführt.

Florian Scheuba: Sie schreiben: „Das Thema Bildung ist bei uns politisch unter den Tisch gefallen. Einzig die NEOS haben in den letzten Jahren ein moderneres, ideologiebefreites Bildungsprogramm auf den Tisch gelegt.“ – Freuen Sie sich, dass die jetzt in Wien mit der SPÖ koalieren?

Hannes Androsch: Ja, das ist erfrischend. Und so, wie das der Bürgermeister dargestellt hat als Fortschrittskoalition und in Anspielung an die Koalition 1969 Brandt/Scheel als sozialliberal charakterisiert hat. Die Regierung Brandt/Scheel mit ihrer Ostpolitik war ein weitreichender, riesiger Erfolg. Das wünsche ich dieser Regierung, dann wird sie weit über Wien hinaus eine Ausstrahlungswirkung haben.

Florian Scheuba: Bildung ist ja überhaupt Ihr Leibthema, auf das Sie immer wieder pochen. Der amerikanische Philosoph Michael Sandel legt in seinem neuesten Buch „Vom Ende des Gemeinwohls“ dar, dass Bildung als wichtigster Motor der sozialen Mobilität immer seltener funktioniert: „Immer weniger Menschen schaffen durch Bildung den Aufstieg von ganz unten, konkret nur 1,5 Prozent der Studenten in Amerika steigen aus armen Verhältnissen in die Spitzengruppe der Einkommensskala auf. Immer öfter wird Bildung vererbt.“ – Was ist hier zu tun?

Hannes Androsch: Das ist ein unerträglicher Zustand, was die Chancengleichheit anlangt. Das ist wirtschaftlich nicht akzeptabel, weil wir auf kein Talent verzichten dürfen angesichts des Alterungsschubs unserer Gesellschaft. Daher müssen wir alles tun, um genau das zu vermeiden. Wir brauchen daher frühkindliche Erziehung angesichts der Tatsache, dass 70 Prozent der Mütter berufstätig sind. Und da rede ich noch gar nicht von den Schwierigkeiten alleinerziehender Mütter. Wir brauchen ganztägige Kindergärten mit elementarpädagogischer Betreuung. Da muss man das entsprechende Personal haben, akademisch ausbilden und entsprechend bezahlen. Wir brauchen in den Pflichtschulen, aber auch in den Oberstufen verschränkte autonome Ganztagsschulen in Bildungszentrum, die genug Raum haben. Wie viele Schulen in Österreich haben nicht einmal einen Turnsaal. Und neben der materiellen Infrastruktur braucht man auch entsprechendes Begleitpersonal, wenn man das Thema Chancengleichheit, Integration und Inklusion lösen will.

Florian Scheuba: Der Untertitel von Sandels Buch lautet „Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratie zerreißt“. Konkret geht's ihm um die geringe Wertschätzung, die jene erfahren, denen der Aufstieg nicht gelingt, wodurch sie leichter Beute für Populisten aller Art werden. Wie kann man da gegensteuern?

Hannes Androsch: Das Problem bestand bereits ansatzweise und nicht gelöst auch, was etwa die Stellung der berufstätigen Frauen im Industriezeitalter anlangt. Inzwischen sind wir längst in das digitale Zeitalter übergetreten, das gekennzeichnet

ist unter anderem durch die Plattformökonomien, wie sie die Tech-Giganten darstellen – mit wenig Betriebsvermögen, aber riesigen Einnahmen und Gewinnen und hochbezahlten Mitarbeitern. Und auf der anderen Seite wird die Gig-Ökonomie immer größer von Ein-Personen-Unternehmen, die keinen Schutz haben, von Leiharbeitern, um die sich niemand kümmert, von Erntehelfern, die wir einfliegen und dann lassen wir sie ausbeuten, indem ihnen ein Stundenlohn von 4,50 Euro bezahlt wird und sie werden in unerträglichen Unterkünften untergebracht, siehe die Leiharbeiter des Staatsbetriebes Post – und niemand kümmert sich darum. Das heißt, die Kluft in unserer Gesellschaft wird immer größer und niemand will das wahrhaben.

Florian Scheuba: Sie üben auch ganz konkret Kritik am Umgang mit den Flüchtlingskindern aus Moria. Sie berichten über Länder, die bereit waren, Kinder aufzunehmen, und schreiben dann: „Österreich war schändlicherweise nicht darunter – ein trauriger Akt von Herzlosigkeit und fehlender Mitmenschlichkeit.“ – Was sagen Sie denn diesbezüglich zur Haltung von Hans Peter Doskozil?

Hannes Androsch: Ich schätze meinen Freund Doskozil sehr, aber da bin ich völlig konträrer Meinung. Flüchtlinge aufzunehmen und arme Kinder aus einem erbärmlichen Flüchtlingslager – das übrige in Lesbos abgebrannt ist – nicht aufzunehmen, finde ich unerträglich. Ich habe nach dem Krieg Aufnahme gefunden im Bregenzerwald in Vorarlberg und ein Jahr später ein halbes Jahr in Molenbeek in Brüssel. Wir haben versucht, das nach der Überschwemmung in der Po-Ebene durch Aufnahme eines italienischen Kindes unsererseits zu tun. Wir haben in der Balkan-Krise eine Mutter mit drei Kindern ein halbes Jahr in unserem Haushalt gehabt und in den Nullerjahren eine kosowarische Familie, auch eine Mutter mit drei Kindern unterstützt, dass sie Aufenthalts- und Arbeitsbewilligung bekommen. Das ist eine humanitäre und für andere sollte es eine christliche Verpflichtung sein.

Florian Scheuba: Naja, jetzt haben wir Doskozil erwähnt. Was ist denn jetzt zu tun für die SPÖ Ihrer Meinung nach?

Hannes Androsch: Sie muss – damit ist sie übrigens groß geworden und hat ihre Erfolge einfahren können, in Österreich die größten bekanntlich in den 70er-Jahren – zu ihren Zielen stehen, aber sie auf das digitale Zeitalter ausrichten. Es gilt nach wie vor das Motto des Wirtschaftsprogramms von 1968 „Leistung – Aufstieg – Sicherheit“ und es gilt, was in einem Gespräch Anfang der 70er-Jahre Willy Brandt und Helmut Schmidt umschrieben haben mit „Eigenverantwortung, Eigeninitiative und Eigenvorsorge“, abgesichert durch einen starken und handlungsfähigen Sozialstaat. Aber der muss auch finanziert werden können. Und was man nicht erwirtschaftet, kann man nicht ausgeben. Also eine funktionierende Wirtschaft – das hat Benya mir immer wieder eingebläut, der damalige Präsident des Gewerkschaftsbundes – und ohne eine erfolgreiche Wirtschaft können wir uns keinen starken Sozialstaat leisten.

Florian Scheuba: Sie schreiben ja ganz konkret in dem Kapitel „Sozialdemokratie, bitte aufwachen“: „Die Sozialdemokratie muss ihren alten humanistischen Werten verpflichtet bleiben: Frieden, Freiheit, Toleranz, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Achtung der Menschenrechte, der Marktwirtschaft und der sozialen Sicherheit.“ – Mir geht da ein Begriff ab, nämlich was ist mit der Verteilungsgerechtigkeit?

Hannes Androsch: Die Verteilungsgerechtigkeit ist immer eine Aufforderung und eine Verpflichtung. Das habe ich ja versucht, mit dem Beispiel – hier reiche

Plattformökonomie und auf der anderen Seite arme Gig-Ökonomie – darzustellen. Das ist die soziale Frage unserer Zeit, und auch der müssten sich die Vertretungen der Partei und der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer annehmen. Aber davon habe ich bislang noch nichts gehört, und das ist überfällig. Daher habe ich so große Hoffnungen auf den Bürgermeister Ludwig und seine Koalition mit seinem Vizebürgermeister Wiederkehr – nicht nur für Wien, sondern Wien als Beispiel über Wiener Grenzen nach Österreich hinaus und darüber hinaus auch in ganz Europa. Es ist ja kein Zufall, dass die Berliner Stadtverwaltung etwa im Wohnungswesen immer wieder auf das Beispiel Wien hingewiesen wird.

Florian Scheuba: Die Problematik ist aber auch, dass das reichste Prozent in Österreich rund 40 Prozent des Nettovermögens besitzt. Das ist mehr, als die ärmeren 90 Prozent der Bevölkerung zusammen haben, die haben nur 34,3 Prozent. Das Wort Umverteilung kommt bei Ihnen nicht vor – absichtlich nicht oder haben Sie damit ein Problem?

Hannes Androsch: Umverteilen kann ich erst, wenn ich zuerst was verteilen habe können. Und verteilen kann ich nur, was ich zuerst erwirtschaftet habe. 30 Prozent unseres Sozialproduktes gehen in den Sozialstaat. Da sind wir im Spitzenfeld Europas. Aber innerhalb des Sozialstaates haben wir die allergrößten Verteilungs- und Umverteilungsungerechtigkeiten. Es gibt den geschützt Bereich mit den besseren Pensionen und es gibt die Leiharbeiter am anderen Ende, von denen wir schon gesprochen haben. Also es geht nicht, lauthals – so wie sich der Pharisäer in der Bibel gegenüber dem Zöllner verhält – zu rufen nach Umverteilung und Verteilungsgerechtigkeit, und dort, wo sie nicht geschieht, einfach wegzuschauen. Das ist eine Heuchelei.

Florian Scheuba: Wo es ja zum Beispiel ganz offensichtlich nicht passiert ist: bei den digitalen Konzernen. Sie schreiben selber: „Amazon, Alibaba & Co. haben nicht nur einen Börsenwert erreicht, der kaum vorstellbar ist, sondern auch dermaßen viel Macht und Einfluss erlangt, die mit unseren ethischen Vorstellungen nicht mehr in Übereinstimmung stehen.“ – Was kann man hier tun?

Hannes Androsch: Da muss man endlich kapieren, dass wir in einer globalisierten Welt leben, aus einem einzigen Planeten ein Global Village geworden ist. Wir haben globale Heuchelei – oder wie der kosmologische und astronomische Wissenschaftler Lord Rees gemeint hat, wir haben nicht nur das Global Village, wir haben zu viel Global Idiots, und das in führenden Positionen.

Florian Scheuba: Warum sind Sie eigentlich gegen eine Digitalsteuer?

Hannes Androsch: Ich bin zwar für eine Digitalsteuer, aber nicht für so einen lächerlichen Schmäh, indem man die Gewerbeabgabe erhöht und 25 Millionen einnimmt. Das ist national nicht zu lösen, vielleicht – aber auch nur in Grenzen – in Europa, das ist eine globale Herausforderung. Das wird ohne Amerika und China nicht zu lösen sein. Notwendig ist es allemal.

Florian Scheuba: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, sind Sie aber nicht prinzipiell gegen neue Steuern. Sie sind zum Beispiel definitiv für CO₂-Steuer und Kerosinsteuer.

Hannes Androsch: Und für eine Erhöhung der Mineralölsteuer, für eine Abschaffung des Dieselprivilegs, für die Abschaffung dieses unnötigen Pendlerpauschales, das genau genommen ein Speckgürtelpauschale ist. Also da gibt's eine ganze Reihe von Möglichkeiten, die könnte man bereits per 1. Jänner nächsten Jahres einführen. Es genügt ja nicht, nur von Ökologisierung des Steuerrechtes zu reden und es nicht zu machen. Diese Vorschläge könnte man schon nächstes Jahr umsetzen.

Florian Scheuba: Vermögenssteuern sind aber für Sie ein Tabu?

Hannes Androsch: Die sind kein Tabu. Als ich Finanzminister war, hatten wir eine bescheidene Vermögenssteuer, die nichts gebracht hat. Einer meiner Nachfolger, Lacina, war sicher nicht rechtsorientiert, hat sie abgeschafft. Man muss sich die Frage stellen am Beispiel eines Bauern: Will man den Acker besteuern oder die Ernte? Und es ist gescheitert, die Ernte zu besteuern – die mag schwanken – als den Acker. Weil wenn man den Acker besteuert, dann noch mit Erbschafts- und Schenkungssteuer, dann kommt es zur Teilung und dann haben wir diese kleinkarierte Landwirtschaft wie im Burgenland, und das ist dem ungarischen Regime geschuldet. Das ist ganz sicher keine Lösung.

Florian Scheuba: Wobei bei uns der Acker noch relativ blüht. Also im Vergleich in der OECD liegt Österreich an drittletzter Stelle, was vermögensbezogene Steuern betrifft. Nur Slowakei und Estland haben noch weniger. Wird die Debatte darüber nicht eine Zerreißprobe auch für die SPÖ in der Zukunft sein?

Hannes Androsch: Nein. Wir sind weltweit eines der höchstbesteuerten Länder. Wir brauchen nicht neue Steuern, aber wir müssen endlich umschichten.

Florian Scheuba: Andere?

Hannes Androsch: Ja. Umweltsteuern und Entlastung des Faktors Arbeit. Das ist viel wichtiger als eine aus der Agrarzeit stammende Diskussion über Vermögenssteuern. In der Agrarzeit wurde Jahrhunderte, seitdem Steuern eingeführt wurden, der Grund und Boden besteuert. Aber der hat heute längst nicht mehr die Bedeutung, wie wir vorhin in der Diskussion über die Tech-Giganten schon erörtert haben.

Florian Scheuba: Und das gilt auch für Erbschaften?

Hannes Androsch: Das gilt auch für Erbschaften. Was haben Sie davon, wenn ein Einfamilienhaus oder ein KMU-Betrieb vererbt wird und die Erbschaftssteuer so hoch ist, dass das Geld liquiditätsmäßig nicht da ist, dann müssen Sie alles verkaufen. Das kann ja doch nicht das Ziel sein.

Florian Scheuba: Selbst nur eine Erbschaftssteuer wirklich nur für den absoluten Spitzensatz diesbezüglich, für die Superreichen?

Hannes Androsch: Das ist wieder dieser Neidkomplex. Hätten wir mehr Superreiche – aber die paar Superreichen, die es bei uns im Wesentlichen gibt, sind zugewandert und wandern dann wieder ab. Und wenn Sie das auf alle verteilen, dann bleibt für den Einzelnen wieder nichts übrig. Das sind alles heuchlerische Illusionen.

Florian Scheuba: Also müssen wir darauf hoffen, dass der Prof. Graf von der Novomatic einfach weiter die Menschen beschenkt, vielleicht kommen wir ja auch einmal dran.

Hannes Androsch: Das muss man anders lösen. Das sind ordnungspolitische Fragen, und vielleicht sind es auch strafrechtliche Fragen, das kann ich nicht beurteilen.

Florian Scheuba: Vielleicht noch eine abschließende Frage: Sie schreiben „was zu tun ist“. Wie, glauben Sie denn, dass es jetzt weitergehen wird in Österreich?

Hannes Androsch: Wie es weitergehen wird, das weiß ich nicht. Was ich mir wünschen würde: einen nationalen Schulterchluss und nicht parteipolitische Kleingeldsammlung mit dem Klingelbeutel wie in der Kirche, und das in einem europäischen Kontext. Das ist mein Wunsch und meine Hoffnung, aber ich sehe sie noch nicht am Horizont Wirklichkeit werden.

Florian Scheuba: Dann hoffen wir das Beste. Lieber Herr Dr. Androsch, vielen Dank für das Gespräch.

Hannes Androsch: Ich danke für die Einladung.